Medienmitteilung

Steuerbefreiung des Existenzminimums - Bundeslösung überflüssig

Solothurn, 9. Januar 2007 - Der Regierungsrat erachtet einen Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates als unzulässig und als überflüssig. Dies hat er in seiner Vernehmlassungsantwort an die Eidg. Steuerverwaltung festgehalten. Danach soll den Kantonen die Steuerbefreiung des Existenzminimums im Steuerharmonisierungsgesetz vorgeschrieben werden.

Der Regierungsrat erachtet es zwar als richtig, von Personen ohne Vermögen und mit einem Einkommen, das unter dem Existenzminimum liegt, keine direkten Steuern zu erheben. Seiner Ansicht nach verletzt aber eine konkrete Regelung, welche das Existenzminimum in bestimmter Weise definiert, das verfassungsmässig garantierte Recht der Kantone, Steuertarife und Steuerfreibeträge autonom festzulegen. Auf eine Bestimmung ohne konkreten Inhalt könne ohne Verlust verzichtet werden. Zudem ist das Existenzminimum nach seiner Beurteilung eine zu individuelle Grösse, als ihm in allen Fällen bei der Steuerveranlagung mit persönlichen Abzügen und Steuertarifen Rechnung getragen werden könnte. Andernfalls wären die Ertragsausfälle zu gross. Und der Zweck der Bestimmung,

die Armut gezielt zu bekämpfen, lasse sich damit ohnehin nicht erreichen, da nicht bloss Minderbemittelte in den Genuss von zusätzlichen Entlastungen kämen.

Wer nicht in der Lage sei, die veranlagte Steuer zu bezahlen, dem könne mit dem Institut des Steuererlasses gezielt geholfen werden.

Weitere Auskünfte erteilen:

Christian Wanner, Regierungsrat, 032 627 20 55

Erwin Widmer, Chef Steueramt, 032 627 87 09

Theo Portmann, Leiter Rechtsdienst Steueramt, 032 627 87 07